



Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

1. Vorsitzender Herr Michael Kraus
Mittlerer Katzenbergweg 46
97084 Würzburg
Tel.: 0931-6193376
Mob.: 0178-9294217
Emai:michel@pkxl2.de
www.wuerzburg-tunnel.de

Würzburg, 24.02.2015

A3-Tunnelinitiative fordert Stadt Würzburg zur Klage gegen Trograsse auf

Stellungnahme der Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V. zu dem Bescheid der Regierung von Unterfranken zum Antrag auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses vom 17.12.2009 für den sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 3 im Abschnitt Anschlussstelle Würzburg-Heidingsfeld – westlich Mainbrücke Randersacker (Bau-km 286+400 bis Bau-km 291+800), zuletzt geändert durch Plangenehmigung vom 17.12.2013 für Planänderungen im Bereich vom Beginn des Planfeststellungsabschnittes bis zur Talbrücke Heidingsfeld

Nach mehr als einjähriger Wartezeit hat die Regierung von Unterfranken den Antrag der Tunnelinitiative und der Stadt Würzburg auf Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses der Trograsse abgelehnt. **Die Tunnelinitiative hatte mit substantiellen Einwendungen eine Alternativenprüfung durch die Regierung gefordert. Das hat nun die Regierung abgelehnt** und nach über einem Jahr der BI im Ergebnis Folgendes mitgeteilt: *„Trotz des umfangreichen Vorbringens der Antragsteller bestand für die Planfeststellungsbehörde (Reg v. Ufr.) kein Anlass erneut in die Sachprüfung einzutreten.“* (Bescheid vom 30.01.2015, Seite 94).

BI-Sprecherin Johanna Paul resümiert: „Nach unsäglich langem Hinhalten der Einwender aus Heidingsfeld und vom Heuchelhof hat die ABDN ihr strategisches Ziel mit Hilfe der Regierung von Unterfranken offensichtlich erreicht: Das Verfahren wurde so lange verzögert, bis vollendete Tatsachen geschaffen sind und ein Zurück kaum mehr möglich ist. Damit hat sie **die Rechte der Betroffenen mit Füßen getreten und in unerträglicher Weise ad absurdum geführt.**“

BI-Sprecherin Dagmar Dewald beklagt: „Die Regierung zieht sich in ihrem Bescheid mit vielerlei juristischen Spitzfindigkeiten auf den Standpunkt der Autobahndirektion Nordbayern (ABDN) zurück, ohne die massiven Gefahren zu be-



Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

rücksichtigen, die auf Würzburg zukommen, und ohne die in allen Belangen überlegene Alternative des Würzburg-Tunnels zu prüfen.“

BI-Vorsitzender Michael Kraus erläutert: „Die um mehr als 50 Mio. explodierten Kosten des Trogs werden entschuldigend mit herbei fantasierten 100 Mio. Mehrkosten für einen etwaigen echten Tunnel auf 340 Mio. verglichen, obwohl eine verbindliche Kostenrechnung eines der größten österreichischen Tunnelbau-Planungsunternehmens mit 240 Mio. (Stand 2014) vorliegt.“

Bei einer Akteneinsicht in der Nürnberger Zentrale der ABDN hat der BI-Vorsitzende in der letzten Woche **eigene Unterlagen der ABDN zur Tunnelplanung mit 197 Mio. (Stand 2009) vorgefunden**: „Das belegt, dass die ABDN das Bundesverwaltungsgericht und auch jetzt wieder den Stadtrat und die Bezirksregierung **mit unhaltbaren Behauptungen zu den Kosten des Würzburg-Tunnels hinters Licht geführt** hat.“

Kraus fährt fort: „Im Weiteren werden die massiven zusätzlich versiegelten Regenwasser-Einzugsflächen und die **Gefahren bei der Entwässerung kleingedredet**. Die Warnungen der Umweltstiftung der Allianzversicherung, größere Starkregenereignisse einzuplanen, werden vom Wasserwirtschaftsamt und in der Folge von der Regierung von Unterfranken in den Wind geschlagen und mit perfiden Äußerungen wie: ‚Insofern sind deren Auswirkungen auf die Natur und damit auf Oberflächengewässer als Teil der Natur hinzunehmen‘ abgetan. Es werden **naive Scheinargumente** herbeigezogen, **um die eigenen Planungsfehler zu kaschieren**. Die Gefahr für die Heidingsfelder bleibt.“

Kraus bemängelt weiter: „Auch die Konzentration der Luftschadstoffe, die sich im Trog anreichern und aus dem Trog abgeblasen werden, wird in Abrede gestellt. Die Schallschutzwände erhalten auf wundersame Weise eine neue Funktion: es wird **wahnwitzig behauptet**, dass die **Schallschutzwände** die **Luftschadstoffe zurückhalten** werden. Wie sie das machen, bleibt schleierhaft, kein Trost für die Anwohner. Im Übrigen wird auch die um 9 m tiefer gelegte Heidingsfelder Brücke trotz Schallschutzwänden ihren Lärm nach oben in den höher gelegenen Heuchelhof abstrahlen.“ Auch dieses verkennt der Bescheid, der Lärm wird heruntergespielt.

Zu den genannten Gefahren kommen die massiven Abholzungen an der A 3 auch in den Naturschutzflächen von Rosengarten und Bromberg. In jedem Fall wird die BI auf eine Wiederaufforstung der verwüsteten Flächen drängen und das vor Gericht zugesagte **Lärm-Monitoring** einfordern. Kraus: „Wird fordern zum Schutz der Bürger Schadstoffmessungen in den angrenzenden Wohngebieten!“

Der Vorsitzende der Tunnelinitiative ist auch ansonsten über die Vorgehensweise der Regierung von Unterfranken erzürnt:



Umwelt- und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e.V.

„Dass die von uns vorgetragene Argumente alle nichts zählen, ist schlimm genug und sagt etwas über die Verfassung unseres Rechtsstaats aus. Dass die Regierung von Unterfranken die Antragsteller nun auch noch **mit einer Bearbeitungsgebühr von 2000 € abgestraft** hat, lässt die Absicht erkennen: man will der BI den Todesstoß versetzen. Sie soll an einer Klage gegen diesen rechtswidrigen Bescheid gehindert werden.“

In der Tat sieht sich die Umwelt und Gesundheitsinitiative Würzburg-Tunnel e. V. nach mehrjährigem ehrenamtlichen Ringen um einen in allen Belangen weit überlegenen Würzburg-Tunnel am Ende ihrer finanziellen Kräfte. Die Sprecherinnen Johanna Paul und Dagmar Dewald verweisen darauf, dass nun die **Stadt Würzburg** aufgrund des Bürgerentscheids **in der Verantwortung für ihre Bürger** steht.

BI-Vorsitzender Kraus: „Jetzt ist die Stadt am Zug. Die Verantwortung für die extrem negativen Folgen der Trograsse trägt die Stadt Würzburg sowieso, denn dass der Stadtrat damals dem faulen Kompromiss der Trograsse zugestimmt hat, ist die Ursache der jetzigen Situation. Ich fordere die Stadt Würzburg auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, die ihr jetzt durch den Bürgerentscheid zukommt, mit dem über 12.000 Würzburger und damit die Entscheidungsmehrheit sich für den Tunnel ausgesprochen haben. **Ich fordere die Stadt Würzburg auf, gegen den unsäglichen Bescheid der Regierung von Unterfranken zu klagen!**“

Michael Kraus
1. Vorsitzender

Dagmar Dewald
Sprecherin

Johanna Paul
Sprecherin